Hamburger Abendblatt

Chefredakteur: Martin Saller, Stellvertretende Chefredakteure: Werner Titzrath, Fred Hansch, Josef Müllig. Chef vom Dienst: Manfred Schwark. Planung und Sonderproduktion: Hans Wegner, Rudolf Brüning, Wolfgang Fricke (Chefreporter). Verantwortlich für den Inhalt: Politik: Günther Genske; Dr. Gisela Schoeler (Inland), Hans-Jürgen Müller (Ausland). Hamburg: Wolfgang Schmidt, Stellvertreter: Ludwig Krüger, Walter Künkler. Sport: Jürgen von Einem. Feuilleton und Film: Eberhard v. Wiese. Kulturpolitik: W. M. Herrmann. Wissenschaft und Forschung: Dr. H. L. Schrader. Mode und Frau: Liselott Alverdes, Franke Selle. Wirtschaft: Dr. J. Pantenburg. Schiffahrt: Dipl.-Volkswirt H. H. Kroll. Allgemeines: K. Losch. Motor und Straße: Georg K. Weden. Bilder: Andreas Dauch. Sonderredaktion: Dr. Hildegard Damrow. Politische Korrespondenten: Herbert G. Haake (Bonn), Dr. Erich Hoepfner, Egbert A. Hoffmann. Bonner Redaktion: Wilhelm Stampfel. Gestaltung: Karl Gröning jr. Herstellung: Robert Klisch, alle in Hamburg. Zuschriften an Redaktion Hamburger Abendblatt, 2000 Hbg. 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6. Artikel, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverl. eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Verlagsleiter: Rudolph Gothner, Stellvertreter: Walter Kaul. Anzeigenleiter und verantwortlich für den Anzeigenteil: Wolfgang Hoffmann. Vertriebsleiter: Walter Ewald.

Kein Geld für Rebellen?

In der Auseinandersetzung zwischen dem sogenannten „Establishment" und der aufmüpfigen Jugend wird neuerdings eine scharfe Waffe eingesetzt: Man dreht den jungen Rebellen den Geldhahn zu. Gestern teilte der SPD-Vorstand dem Bundeszentralrat des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) mit, er werde alle Beihilfen, die bisher zentral gewährt worden sind, einstellen. Vor ein paar Tagen sperrte, wie berichtet, die Hamburger Schulbehörde ihrem Schülerparlament die Zuschüsse. Und dem Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) droht ebenfalls der Geldentzug, seit er sich kürzlich zum revolutionären Kampfverband umfunktionieren ließ.

Natürlich hat der Staat das Recht und die Pflicht, sich gegen seine Feinde zu wehren. Und man kann nicht verlangen, daß er Leute, die erklärtermaßen gegen die demokratische Grundordnung arbeiten, auch noch bezahlt; eine solche Haltung wäre selbstmörderisch.

Auf der anderen Seite gerät man allzuleicht in den Verdacht, mit dem Druck aufs Portemonnaie Wohlverhalten erzwingen zu wollen. Es ist sicher richtig, wenn die SPD nicht pauschal alle Zuschüsse streicht, sondern zwischen den SHB-Gruppen differenzieren will. So ist wohl die Bemerkung des SPD-Bundesgeschäftsführers Wischnewski zu verstehen, in einer Reihe von Bezirken und Universitätsstädten gebe es ein gutes Verhältnis zwischen SPD- und SHB-Gruppen, und diese SHB-Gruppen seien selbstverständlich von der Zuschuß-Sperre nicht betroffen. Die Gewährung oder Sperrung von Zuschüssen darf aber nicht als Mittel benutzt werden, die Einhaltung der Parteilinie zu erzwingen.

Die Hamburger Schulbehörde begründet die Sperre der Zuschüsse damit, daß das Schülerparlament (HSP) von seiner im Schulverwaltungsgesetz vorgesehenen Funktion abweiche. Das HSP sei ein „beratendes Gremium der Schulbehörde wie Eltern- und Lehrerkammer". Das HSP ist da jedoch ganz anderer Ansicht: von einer nur beratenden Funktion sei im Hamburger Schulverwaltungsgesetz nicht die Rede. Das HSP versteht sich als echte Interessenvertretung der Schülerschaft und will das Mitspracherecht zu einem Mitbestimmungsrecht ausweiten. Ob zu Recht, wird nun wohl das Verwaltungsgericht klären müssen.

Offensichtlich ist jedoch der Schulbehörde das massive Drängen der Schülerschaft auf Veränderung und Reform seit langem ein Dorn im Auge. Der „Aufstand" der Schüler eskalierte dabei im gleichen Maße wie der Widerstand der Behörde, die sich zudem zeitweise recht ungeschickt verhielt. Der umstrittenste Schachzug dürfte nun die Sperrung der Zuschüsse und der Räume sein. Damit wird der Konflikt nicht gelöst, sondern nur verschärft. Vermutlich den gleichen Effekt hat die SPD zu erwarten, die sich durch ihren rebellischen Hochschulverband beunruhigt fühlt.

Es ist jedoch das gute Recht der Jugend, rebellisch zu sein. Jede Generation ist bestrebt, sich ihre eigene Gesellschaftsordnung zu schaffen. Und wenn die heutige Jugend der Ansicht ist, die Ordnung ihrer Väter reiche für das Jahr 2000 nicht mehr aus, dann wird es notwendig sein, mit ihr zusammen die neue Ordnung zu erarbeiten. Verhärtete Frontstellungen erleichtern diese Zusammenarbeit nicht. Die Sperrung von Zuschüssen schafft solche versteiften Fronten. Maßnahmen wie diese sind überall da wo sich die Rebellen nicht eindeutig auf einen gewalttätigen, undemokratischen, faschistischen Kurs begeben.

Das Zögern Bonns im Falle des VDS, der sich schon recht eindeutig außerhalb der demokratischen Ordnung bewegt, zeigt, wieviel Sorgfalt man bei der Handhabung dieser scharfen Waffe gegen die jungen Rebellen anlegen muß.

sic.

Brandt: Kein Kurswechsel in der Deutschlandpolitik

Distanzierung von Forderung auf Anerkennung Ost-Berlins

Von unserer Bonner Redaktion

hps. **Bonn, 25. März**

Für „ausgeschlossen" hält es der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, daß sich seine Partei in ihrer Gesamtheit für eine Anerkennung der DDR aussprechen könnte. Das erklärte Brandt gestern angesichts der scharfen Vorwürfe seitens der CDU/CSU, die Sozialdemokraten leiteten eine „Revision" ihrer bisher vertretenen Deutschland-Politik ein.

Die Kritik zahlreicher Unions-Politiker richtete sich gegen die Beschlüsse des SPD-Parteitags Schleswig-Holstein und des Bezirksparteitags in Hessen-Süd die Bundesregierung solle „normale Beziehungen" zu Ost-Berlin herstellen. CDU-Sprecher Rathke: „Mit diesen Forderungen sind die SPD-Verbände Ulbricht auf den Leim gegangen. Die sozialdemokratische Führung sollte deutlicher als bisher klarstellen, daß sie diese Forderungen nicht billigt."

Sowohl Berlins Regierender Bürgermeister Schütz (SPD) als auch der SPD-Pressedienst beeilten sich zu versichern, eine Anerkennung des „anderen Teil Deutschlands" als „Ausland" könne es nicht geben. Allerdings räumte der SPD-Pressedienst ein, die vom SPD-Bezirk Hessen-Süd entwickelten Vorstellungen über die Deutschland-Politik würden „sicherlich" auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD in Bad Godesberg zur Debatte stehen.

Regierungssprecher Diehl bekräftigte in Bonn gestern noch einmal, daß die Bundesregierung die Anerkennung der DDR durch einen anderen Staat nach wie vor als einen „unfreundlichen Akt" ansieht. Dies ist offenbar als Warnung an Indien zu verstehen, wo starke politische Kräfte seit längerer Zeit eine „Aufwertung" Ost-Berlins befürworten.

Staatssekretär Duckwitz (Auswärtiges Amt) erhielt bei seinem Besuch in Neu-Delhi lediglich die Zusicherung, Indien werde die „DDR" in „nächster Zeit" nicht anerkennen. Duckwitz wurde ein Wunschkatalog für weitere wirtschaftliche und technische Hilfe der Bundesrepublik präsentiert.

Hinsichtlich der von den Warschauer-Pakt-Staaten in Budapest angeregten „Europäischen Sicherheitskonferenz" äußerte sich Regierungssprecher Diehl gestern ziemlich zurückhaltend. Er erklärte jedoch, Bonn und das ganze westliche Bündnis seien nicht zur Teilnahme an einer solchen Konferenz bereit, wenn sie nur dazu dienen sollte, die bekannten kommunistischen Forderungen gegenüber der Bundesrepublik durchzusetzen.

Grass leistet der SPD wieder Schützenhilfe

Von unserer Bonner Redaktion

hps. **Bonn**, 25. März

Schützenhilfe soll die SPD im Bundestagswahlkampf 1969 wie vor vier Jahren durch den Schriftsteller Günter Grass und eine neugegründete „Sozialdemokratische Wählerinitiative" erhalten. Auf einer Vielzahl eigener Wahlkampfveranstaltungen will die „Wähler-Initiative" im gesamten Bundesgebiet für die SPD werben, dabei aber auch nicht mit Kritik an „Kurzsichtigkeit und Mittelmäßigkeit der Sozialdemokraten" sparen.

Neben Günter Grass zählen zu dem Organisatorenkreis der Wahlhilfe u. a. die Professoren Sontheimer und Jaeckel und die Studentenführer Jens Litten (ehemaliger Hamburger AStA-Vorsitzender) und Erdmann Linde. An den Veranstaltungen und der Herausgabe einer eigenen Wahlzeitschrift mit dem Titel „Dafür" sollen namhafte deutsche Persönlichkeiten mitwirken, darunter die Publizisten Golo Mann, Klaus Harpprecht, Günter Gaus und Marion Gräfin Doenhoff, Schauspieler wie Tilla Durieux und Victor de Kowa sowie Bundeswehrgeneral Graf Baudissin und der Berliner Bischof Scharf.

Gaul neuer Kieler Wirtschaftsminister

Eigener Bericht

fa. **Kiel**, 25. März

Zum neuen Wirtschaftsminister von Schleswig-Holstein hat Ministerpräsident Lemke (CDU) Justizminister Gerhard Gaul (CDU) berufen. Gaul löst den am letzten Freitag zurückgetretenen Wirtschaftsminister Knud Knudsen (CDU) ab.

Es wird damit gerechnet, daß Landtagspräsident Paul Rohloff (CDU) neuer Justizminister wird. Seine grundsätzliche Einwilligung liegt vor. In diesem Fall würde der CDU-Fraktionsvorsitzende Staatsrat Walter Mentzel vermutlich neuer Landtagspräsident werden.

Badefreuden auf Anguilla

Während die englischen Spezialtruppen ihren Einsatz auf der karibischen Insel Anguilla offensichtlich genießen, hat der britische Außenminister Stewart vor dem Unterhaus in London den militärischen Eingriff erneut gerechtfertigt. Er sagte, die Stabilität im karibischen Raum sei durch die Agitation „bewaffneter ausländischer Kräfte" auf Anguilla gefährdet gewesen. Erst nach zwölfmonatigen Vermittlungs-Bemühungen habe London eingegriffen. Stewart: „Wenn man die Aktion gegen Anguilla unbedingt entweder komisch oder tragisch bezeichnen will, dann ziehe ich es entschieden vor, daß die Leute sie als komisch empfinden."

Barzel: Wahlrechtsreform ist notwendig

Von unserer Bonner Redaktion

w. st. **Bonn**, 25. März

„Die CDU/CSU hält gemäß der Regierungserklärung an der Notwendigkeit einer Wahlrechtsreform mit Blick auf ein Zwei-Parteien-System fest. Sie erkennt jedoch, daß dafür im Augenblick die Zeit noch nicht reif ist." Mit dieser Kompromißformel gelang es Fraktionschef Barzel den Streit beizulegen, der innerhalb der Union durch die scharfe Absage entstanden war, die Verteidigungsminister Schröder am Wochenende einer Wahlrechtsreform erteilt hatte.

Schröder machte in der Vorstandssitzung der CDU/CSU-Fraktion einen halben Rückzieher. Auch er befürwortete im Prinzip eine Wahlrechtsänderung, setzte aber unwidersprochen hinzu, im Augenblick sehe er keine Chance für ihre Verwirklichung.

Lob und Tadel für Gscheidle

Deutsche Presse-Agentur

Frankfurt, 25. März

Die Diskussion über die Kandidatur des SPD-Bundestagsabgeordneten Kurt Gscheidle für den Posten des künftigen DGB-Vorsitzenden hat einen neuen Höhepunkt erreicht.

Während der Vorstand der IG Metall deutliche Zweifel an der Nominierung Gscheidles angemeldet hat, stellten sich andere Gewerkschaften, unternehmen die IG Bau Steine Erden, hinter der voraussichtlichen Nachfolger Ludwig Rosenbergs. Umstritten sind die von Gscheidle unterstützten Pläne zur Stärkung der Gewerkschaftsspitze. Der Vorsitzende der IG Bau, Rudolf Sperner, dagegen hat sich am Wochenende erneut für Reformen des DGB ausgesprochen.

Über 100 000 Mark Schaden an der Uni

Eigener Bericht

mor. **Hamburg**, 25. März

Wie hoch sind die Sachschäden, die auf dem Gelände der Hamburger Universität in der Vergangenheit bei Studentendemonstrationen entstanden sind? Diese Anfrage der CDU-Fraktion der Bezirksversammlung Eimsbüttel beantwortete Bezirksamtsleiter Dr. Harald Sieg.

Zur Beseitigung der Sachschäden mußten aus öffentlichen Mitteln aufgewendet werden: 1967 = 3800 Mark, 1968 = 4000 Mark, 1969 = 108 000 Mark. Wie der Bezirksamtsleiter mitteilte, handelte es sich in diesem Jahr vor allem um die Renovierung im Philosophenturm mit 60 000 Mark, die Beseitigung der Glasschäden mit 17 000 Mark und weitere umfangreiche Reparaturkosten.

Dank an Axel Springer

Bibliothek in Jerusalem eingeweiht

Eigener Bericht

Jerusalem, 25. März

In Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste ist gestern die von dem Verleger Axel Springer gestiftete Bibliothek des Israel-Museums in Jerusalem eingeweiht worden. Mit herzlichen Worten dankte Jerusalems Oberbürgermeister Teddy Kollek dem Verleger und erklärte in seiner Würdigung:

„Als wir allein standen in dunklen Tagen, kam Axel Springer, ein wahrer Freund, zu uns. Er bewies uns seine Freundschaft durch sein nimmermüdes Auftreten in der Öffentlichkeit und seine Großzügigkeit." In einer Zeit, in der Gerechtigkeit und das Lebensrecht des einzelnen und der kleinen Nationen immer mehr eingeengt würden, habe Axel Springer es auf sich genommen, die Entwicklung Israels und vor allem Jerusalems durch eigenes Tun zu fördern. „Auch das Israel-Museum und dessen neue Bibliothek sind Empfänger seiner tatkräftigen Hilfe."

Der deutsche Botschafter in Israel, Helmut Knoke, hob in seiner Ansprache hervor, daß Springer einen wesentlichen Beitrag zur Neubelebung der israelisch-deutschen Zusammenarbeit geleistet habe.

Springer selbst wies in seiner mit großem Beifall aufgenommenen Festrede darauf hin, daß es ihm darauf angekommen sei, einen Beitrag zu leisten für den Aufbau und Neubau einer Zukunft, die vielleicht die Vergangenheit überwinden könne. „Das Unaussprechliche, das im deutschen Namen geschah", so betonte Springer, „kann nicht ungeschehen gemacht, kann auch nicht ‚bewältigt' werden. Eine Wiedergutmachung im wahren Sinne des Wortes gibt es nicht. Was bleibt, ist nur eines: die historische Chance zu nutzen, die der Herr der Geschichte offensichtlich mei nem Volk eingeräumt hat. Sie heißt: Dem Staat Israel fest durch alle Fährnisse zur Seite zu stehen. Dem Staat, den sich die Kinder und Brüder derer gebaut haben, die von Deutschen gemordet wurden. Diesem Staat und seinen Menschen zur Seite zu stehen in praktischer Mitarbeit, in einer keine Gegenseitigkeit fordernden Treue, ganz einfach in Liebe."

Nach der Rede Springers verlas Oberbürgermeister Kollek mehrere Glückwunschtelegramme, darunter das der israelischen Parlamentsdelegation; die zur Zeit die Bundesrepublik und Berlin besuchten. In dem Telegramm an Axel Springer heißt es: „Einer Einladung Ihres Berliner Hauses folgend, befinden wir uns in dem Augenblick, in dem Ihre Bibliothek im wiedervereinten Jerusalem eingeweiht wird, auf dem Dach des Springer-Gebäudes in Berlin. Wir senden Ihnen unsere herzlichsten Grüße in der Hoffnung, daß Sie eines Tages ein wiedervereintes und friedliches Berlin sehen mögen."

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, dankte Springer in seinem Telegramm für den besonderen Beitrag, den er zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Israel und Deutschland leiste. „Gerade für Berlin hat dies eine besondere Bedeutung angesichts der Vergangenheit, aber auch im Blick auf eine Zukunft in Freiheit und Frieden."

Unter den Ehrengästen bei der Einweihung der von Axel Springer gestifteten Bibliothek des Israel-Museums in Jerusalem befand sich auch der ehemalige Bundesinnenminister Paul Lücke (links). Rechts neben ihm die Frau des deutschen Botschafters Knoke, die Frau des Jerusalemer Oberbürgermeisters Kollek, Oberbürgermeister Teddy Kollek und Botschafter Helmut Knoke.

BUNTE WELT

Sirenen-Probealarm

Alle Luftschutzsirenen im Bundesgebiet werden morgen vormittag, 10 Uhr, aufheulen. Dieser Alarm ist zur Erprobung der Sirenenanlagen angesetzt worden.

Parteiloser Bürgermeister

Mit 12 von 23 Stimmen wählten die Gemeindevertreter der fast

Anzeige

backe besser mit Gloria Mehl

12 000 Einwohner zählenden Kieler Stadtrandgemeinde Kronshagen gestern den 61 Jahre alten parteilosen Hans Wagner wieder zum Bürgermeister.

Sowjetmusiker will bleiben

Der seit Freitag in New York verschwundene Cellist des Moskauer Symphonieorchesters Leschnew (37) will in den USA bleiben. Der Musiker bemüht sich um eine Daueraufenthaltsgenehmigung bei den amerikanischen Behörden.

Fußballfans siegten

Der Vorstand des CDU-Stadtkreisverbandes Frankfurt gibt sich geschlagen: Die Parteileitung verlegte den für morgen einberu-

Anzeige

Bismarck-Quelle urgesund quellfrisch auf den Tisch

fenen Kreisparteitag wegen des Fußball-Länderspiels Deutschland gegen Wales am selben Tag in Frankfurt auf den 25. April.

Frau übernimmt Vorsitz

Zum ersten Mal in der Geschichte Hollands wird am kommenden Wochenende eine Frau den Vorsitz einer politischen Partei übernehmen. Für die Präsidentenwahl der liberalen „Vereniging voor Vrijheid en Democratie" ist die Abgeordnete Haya van Someren klare Favoritin.

Kiesinger operiert

Bundeskanzler Kiesinger hat sich am Wochenende einer Kiefer-Operation unterziehen müssen. Ihm wurden vier Backenzähne gezogen.

Kasawubu gestorben

Joseph Kasawubu (58), der erste Staatspräsident der Republik Kongo, ist gestern nach längerer Krankheit gestorben. Kasawubu war 1965 von General Mobutu ge-

Joseph Kasawubu

stürzt worden und hatte sich seit dieser Zeit völlig aus dem politischen Leben zurückgezogen.

Weihbischof heiratete

Der Weihbischof von Lima, Mario Renato Radavero, der nach Unstimmigkeiten mit seinem Erzbischof die Kirche verlassen hatte, soll in Buenos Aires eine 32 Jahre alte Polizistin geheiratet haben.

Verlag, Redaktion: 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6, Geschäftsstellen: 2000 Hbg. 36, Gänsemarkt 53, u. 2 Hbg. 1, Mönckebergstr. 5. Telegr.: Abendblatt. Fernschreiber-Sammel-Nr. 02-11 898. Berliner Redaktion: Kochstr. 50, Tel. 2911475. Bonner Red.: An der Heuss-allee 2—10, Haus VII, Tel. 2 61 81. Frankfurter Red.: Frankenallee 71/81, Tel. 238434. Verlag u. Druck: Axel Springer & Sohn, Hamburg. Erscheint 6mal wöchentlich werktags. Inlandpreise: Frei-Haus monatlich 6,20 DM (einschl. 32,3 Pf. Mehrwertsteuer und 1,50 DM Zustellkosten). Selbstabholung 5,50 DM (einschl. 27,6 Pf. Mehrwertsteuer). Postbezug 6,50 DM (einschl. 33,9 Pf. Mehrwertsteuer und 2,57 DM Postverriebsgebühren). Das Bezugsgeld ist zu Beginn des Liefermonats zahlbar. Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder bei höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Anzeigenpreisliste Nr. 24. — Postscheckkonto: Vertrieb u. Abonn. Hamburg 32 64, Anz. Hamburg 1 42 30.

Telefon 34 91 91

RICHTER - Zentrum Schenefeld einmalig in Europa

Mit der lückenlosen Garantie für sehr niedrige Barkauf-Preise
die überragende Auswahl eines sehr großen Polstermöbel-Spezialhauses
mit mehreren hundert Metern Schaufensterfront in zwei großen Hallen
und einer 40-Schaufenster-Passage für erlesene Wohnzimmer
und das Angebot eines internationalen Stilmöbel-Fachgeschäftes . . .

und eine Ledermöbel-Auswahl, die es kaum noch einmal gibt
und eine große Sonderschau Schlaf- und Doppelcouch-Garnituren
und ein vielseitiges Angebot schöner Speisezimmer
und sehr viele absolut einmalige RICHTER-Angebote,
die Sie im Großraum Hamburg nicht noch einmal finden werden!

Unsere hervorragende Position unter den größten Spezialhäusern Europas
verdanken wir dem eingehenden Preisvergleich unzähliger Kunden! —
Weil wir in eigenen Hallen viele Millionen Barkaufumsätze erreichen,
können wir mit einer Kalkulation arbeiten,
mit der wir uns ohne Ausnahme auf jeden Preisvergleich freuen!

Um der Tradition unseres Hauses für Sonder-Leistungen zu entsprechen,
werden wir in wenigen Monaten eine noch viel größere Auswahl zeigen.
Darum haben wir durch Grundstücks-Kauf und eingeleitete Neubauten
eine Erweiterung unserer Betriebs-Flächen in Schenefeld auf 40 000 qm
Verkaufs-Räume, Lagerhallen, Parkplätze, Büros usw. vorgesehen!

RICHTER das große Spezialhaus für Polstermöbel und Wohnzimmer
Schenefeld bei Hamburg — Lornsenstraße 125